

**Rede zum  
Haushaltsplan 2021**

**FUW-Fraktion  
Markus Xander**



02.02.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heckmann,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

zum Haushaltsplan der Verwaltung wollen wir Stellung nehmen und unsere eigenen Vorstellungen und Gedanken einbringen und vortragen.

Zunächst jedoch vielen Dank an Sie Herr Behringer und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Ausarbeitung des Haushaltsplans 2021. Aufgrund der aktuellen Coronasituation haben wir auf einen Präsenztermin zur Vorbesprechung verzichtet. Leider haben wir Antworten zu unseren schriftlichen Fragen teilweise erst gestern Nachmittag erhalten, so dass uns eine Diskussion zu den Punkten und Rückfragen nicht mehr möglich waren. Dadurch ergibt sich im Anschluss noch die eine oder andere Frage.

Der Haushaltsplan 2021 prognostiziert im Ergebnishaushalt ein Minus von 3,9 Mio.

Lassen Sie mich mit Zitaten aus vergangenen Haushaltsreden beginnen:

*Bei zukünftigen Entscheidungen müssen die Folgekosten von der Verwaltung und vom Gremium unbedingt wieder stärker berücksichtigt werden. (2016)*

*Seit Jahren fordert die FUW bei Investitionen in den Sach-, Betriebs-, oder Personalbereich stärker auf die Folgekosten und Auswirkungen für die künftigen Generationen zu achten. (2018)*

*Zum Ausgleich von Unterdeckungen werden von der Verwaltung lediglich Steuererhöhungen in Erwägung gezogen. Hier vermissen wir die Analyse der Ausgaben nach Einsparmöglichkeiten! (2019)*

Dies sind alles Aussagen aus vergangenen Haushaltsreden, die sich noch ergänzen ließen und nach wie vor auch Gültigkeit haben für das Haushaltsjahr 2021 und die Folgejahre.

Sie zeigen, dass die FUW schon immer kostenbewusst war und auf die Folgekosten geachtet und hingewiesen hat.

Insofern können wir ihre Aussagen Herr BM Heckmann, aus Ihrer Haushaltsrede, ich zitiere: *„Natürlich haben wir immer gedacht, dass die Einnahmen immer weiter steigen werden“* oder *„Das Denken, dass es schon immer gut gegangen ist oder alles halb so schlimm ist, muss der Vergangenheit angehören“* für die FUW nicht stehen lassen.

Wir hoffen, dass die Erkenntnis, dass sich etwas ändern muss bei allen Stadträten angekommen ist.

Mit den vorhandenen Mitteln müssen wir haushalten und nicht auf die Zukunft spekulieren. Dass z. B. Herrn Esenwein letztes Jahr auf eine Beibehaltung der Mehrwertsteuersenkung spekuliert und diese verplant hat, hat mit solider Haushaltspolitik nichts gemeinsam.

Zu den Hebesätzen:

Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und die Grundsteuern A und B vor.

Unter Berücksichtigung der Gesamtsituation und dass die letzten Erhöhungen vor knapp 20 Jahren waren, halten wir trotz der aktuell schwierigen Lage eine Anpassung für vertretbar. Wir haben bei der Gewerbesteuer nach der Erhöhung auf 330 Punkte immer noch den niedrigsten Hebesatz im Landkreis. Insbesondere bei der Gewerbesteuer ist jedoch für unsere Einnahmen die konjunkturelle Entwicklung viel entscheidender als der Hebesatz. Die letzte Erhöhung 2004 konnte nach positiver Entwicklung 2006 wieder zurück genommen werden. Auch diesmal wollen wir dies nicht ausschließen und die Entwicklung im Auge behalten.

Die stärkste Erhöhung mit fast 20 %, über die wir lange diskutiert haben, plant die Verwaltung bei der Grundsteuer B auf 370 Punkte. Da wir uns damit immer noch leicht unter dem Landkreisdurchschnitt befinden, können wir dies ebenfalls zunächst mittragen. Wir müssen jedoch genau verfolgen, wie sich die vorgeschriebene Grundsteuerreform auswirkt und mit einer Anpassung des Hebesatzes ggf. wieder korrigierend eingreifen, um unsere Bürger nicht übermäßig zu belasten.

Trotz der Steuer- und Gebührenerhöhungen kann der Haushalt nur durch Verkauf von Grundvermögen ausgeglichen werden.

Hier ist anzumerken, dass orientiert an den Herstellungskosten für die Wohnungen im Deutschen Hof 21 mehr erzielt werden muss als die von der Verwaltung angesetzten 3,75 Mio €. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Grundvermögen lassen sich nicht beliebig wiederholen. Das „Tafelsilber“ kann nur einmal verkauft werden!

Daher bleibt die Reduzierung von Ausgaben am Wichtigsten und hat auch nach dem Haushaltsrecht erste Priorität.

Hier ist positiv anzumerken, dass die Sach- und Betriebskosten im 3. Jahr in Folge geringer kalkuliert sind. Auch Sie, Herr BM Heckmann, haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass seit 2018 rund 300.000,-- Euro im Kernhaushalt eingespart wurden.

Allerdings muss sich zeigen, ob dies gehalten werden kann und der Realität entspricht. Um die tatsächliche Entwicklung der Kostenstellen beurteilen zu können benötigen wir verlässliche Ist-Zahlen. Diese haben wir seit 2017 nicht mehr. Es wird jetzt dringend Zeit, dass die schon mehrmals versprochene Eröffnungsbilanz zum 1.1.2017 bis spätestens zur Sommerpause fertig gestellt wird, um anschließend zeitnah die Folgeabschlüsse zu erhalten.

**Hiermit belassen wir es mit allgemeinen Aussagen zum Haushalt und kommen auf Grund der vereinbarten Redezeitbeschränkung noch kurz zu konkreten Vorhaben.**

### **Infrastruktur und der Stadtentwicklung**

Nicht nur neue Investitionen entscheiden über die Attraktivität einer Stadt sondern das Gesamtbild. Eigentum und Infrastruktur verpflichtet und die laufenden Instandhaltungsarbeiten dürfen nicht vernachlässigt werden, da es sonst am Ende teurer wird. Das Augenmerk muss auf vermeidbare Kosten gelegt werden. Es ist keine gute Entwicklung, wenn die Rechts- und Beratungskosten (57.500,--€/S.32) höher sind als z. B. der Fremdaufwand für die Straßenunterhaltung (52.000,--€/S.30)!

In Gesamt-Güglingen besteht weiterhin eine hohe Nachfrage nach Wohnraum. Aktuell gibt es keine städtischen Bauplätze. Deshalb wollen wir parallel zur Erschließung „Ob der großen Hohle“ in Frauenzimmern die Innenentwicklung in Eibensbach vorziehen. Wir sehen dies als Signal, dass wir es mit der Innenentwicklung, Nachverdichtung und Reduzierung des Flächenverbrauchs ernst nehmen.

Hierzu gehört auch, die Verhandlung mit Investoren zu intensivieren, um die Reaktivierung wenigstens einer der Flächen Marktstr. 30, Heilbronner Str. 4 oder Schafhausplatz in 2021 auf den Weg zu bringen. Beim aktuell knappen Angebot erhoffen wir uns auch eine bessere Akzeptanz von innerörtlichen Flächen.

### **Verkehr / Ortsdurchfahrten**

Nach wie vor hat sich bei der Umfahrung Güglingen-Pfaffenhofen nach außen nichts Wahrnehmbares getan. Wenn es 2021 tatsächlich mit dem Baubeginn ernst wird, bezweifeln wir, dass der Ansatz von 50.000,-- Euro ausreicht, wenn es entscheidend vorangehen soll.

Parallel zum Bau der Umgehungsstraße müssen mit dem Land Verhandlungen aufgenommen werden über eine Kostenbeteiligung des Landes an der Sanierung der

Ortsdurchfahrt nach Umwidmung der Straße. Es darf nicht sein, dass uns eine marode Straße übergeben wird, für deren Sanierung wir anschließend allein die Kosten tragen müssen.

### **Öffentliche Einrichtungen**

Wir hoffen, dass es mit dem Neubau der Kindertagesstätte Gottlieb-Luz und des Familienzentrums 2021 deutlich vorangeht. Beschäftigen wird uns dabei weiterhin die Suche nach Einsparmöglichkeiten und das Hoffen auf günstige Ausschreibungsergebnisse. Die aktuell mit rd. 450.000,00 Euro über der Kostenschätzung liegende Kostenfortschreibung würde z. B. die geplanten Steuererhöhungen allein zu 50 % auffressen.

Beim Römermuseum erscheint uns das Kosten-Nutzen-Verhältnis sehr gering. Wir sehen derzeit weitere Investitionen in das Gebäude als nicht erforderlich und wollen den Ansatz von 5.000,00 Euro für Hochbaumaßnahmen streichen und den Ansatz für die Gebäudeunterhaltung um 15.000,- Euro auf das Niveau von 2020 zurück nehmen.

Desweiteren glauben wir nicht, dass es sinnvoll ist in 2021 eine Sonderausstellung zu planen und beantragen den Ansatz von TE 25 ebenfalls zu streichen.

Wir bedanken uns recht herzlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern aus Güglingen, Frauenzimmern und Eibensbach, den Steuerzahlern und allen Vereinen, Institutionen sowie bei allen ehrenamtlich tätigen Menschen, die sich engagiert für unsere Gesamtstadt einbringen. Ebenso bedankt sich die FUW bei der Verwaltung und allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz, insbesondere auch für die durch Corona verursachte Mehrarbeit.

Vielen Dank